



Begriffsklärung

Kapitalismus versus Marktwirtschaft

Die kapitalistischen Auswüchse haben im Zuge der neoliberalen Globalisierung eine neue Dimension erreicht. Neben den Verheerungen, die diese Entwicklung verursacht, ist zu bedauern, dass marktwirtschaftliche Prinzipien in Verruf geraten und mit Kapitalismus gleichgesetzt werden. Eine zeitgemäße Kritik am „Kapitalismus“ ist geeignet, das Potential nicht-kapitalistischer Marktwirtschaft aufzuzeigen.

von Gerd Zeitler

Der Begriff „Kapitalismus“ wird in letzter Zeit trotz seiner im 19. und 20. Jahrhundert erfolgten ideologischen Vereinnahmung zunehmend unbefangener und ohne historischen Rückbezug benutzt. Vor allem, wenn es darum geht, das gegenwärtige neoliberale Wirtschaftssystem zu charakterisieren und zu kritisieren. Wie sich zeigen wird, gibt es dafür gute Gründe, auch und besonders dann, wenn eine zeitgemäße ökonomische Definition des Begriffs „Kapitalismus“ zugrunde gelegt wird.

Festzuhalten ist, dass es keine Denkschule, keine wissenschaftliche Lehre und auch kein ökonomisches Modell des Kapitalismus gibt. So wie es auch, von einigen zynischen Aussagen abgesehen, keine ausdrücklichen Bekennt-

nisse zum Kapitalismus gibt. Vielmehr steht der Begriff für ökonomische Fehlentwicklungen, die von Akteuren ausgehen, die über das Produktionskapital und andere Produktionsfaktoren eigennützig und willkürlich verfügen und sowohl den abhängig Beschäftigten als auch den natürlichen Ressourcen Schaden zufügen. Der Begriff Kapitalismus bezeichnet somit kein fest umrissenes ökonomisches Modell, sondern bezieht sich auf die von Kapitaleignern und ihren Helfern ausgehenden Verheerungen, die sie den Produktionsfaktoren zur Mehrung ihres Kapitals und ihrer Kapitalrendite zufügen.

Kapitalistische Auswüchse sind keine Erscheinung der Neuzeit. Es gab sie in allen Wirt-

schaftssystemen, in denen eine herrschende gesellschaftliche Schicht über Grund und Boden und andere Produktionsfaktoren nach Belieben verfügen und den Großteil der Rendite für sich beanspruchen konnte: in den Sklavenhaltergesellschaften der Antike, dem Merkantilismus des Mittelalters, den feudalistischen und absolutistischen Herrschaftssystemen jeglicher Couleur und auch in den sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften des ehemaligen Ostblocks. Was uns gegenwärtig bewegt, ist die Entwicklung des neoliberalen Wirtschaftssystems, dessen kapitalistische Auswüchse infolge der Globalisierung der Märkte eine in der Wirtschaftsgeschichte beispiellose Dimension erreicht haben.

Zu warnen ist vor der Illusion, der Kapitalismus bzw. die kapitalistischen Auswüchse seien eine historisch zwangsläufige Übergangserscheinung, die sich systembedingt von selbst erledigen und in einen menschenwürdigeren Zustand übergehen werde. Mehrere Ökonomen des 19. und 20. Jahrhunderts, als prominentester zweifellos Karl Marx, haben aus unterschiedlichen Erwägungen heraus diese Auffassung vertreten. Geschichtliche Entwicklungen sind jedoch niemals vorhersehbar, und so ist der Versuch, eine zwangsläufige Abfolge bestimmter wirtschaftlicher Ordnungen für die Zukunft ableiten oder gar beweisen zu wollen, ein völlig absurdes Unterfangen. Es ist überdies kontraproduktiv, weil es der rationalen Analyse der gegenwärtigen Ordnung und der darauf aufbauenden Gestaltung einer besseren zukünftigen Ordnung entgegensteht.

Wer die gegenwärtige Finanzmarktkrise und ihre realwirtschaftlichen Auswirkungen verfolgt, wird feststellen, dass die Krise den neoliberalen Konzentrationsprozess wirtschaftlicher Macht und wirtschaftlichen Kapitals zunächst in der Finanzwirtschaft und mit Verzögerung auch in der Realwirtschaft zusätzlich beschleunigt – teilweise sogar gefördert durch staatliche Kapitalbeteiligungen, wie die Fusion von Commerzbank und Dresdner Bank zeigt. Die Krise nährt also schon die nächste Krise, indem sie Macht und Kapital in noch weniger Händen konzentriert, damit die demokratische Kontrolle weiter schwächt und die Voraussetzungen für kapitalistische Auswüchse verstärkt. Auch heute ist es müßig, darüber zu spekulieren, ob oder wann das gegenwärtige System kollabieren wird. Vielmehr ist es staatsbürgerliche Pflicht, aus den offenkundigen Fehlern des Systems die Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Die Voraussetzungen für kapitalistische Auswüchse

Erste Voraussetzung für kapitalistische Auswüchse sind unausgewogene gesellschaftliche und wirtschaftliche Machtverhältnisse. Da diese Unausgewogenheiten in allen Gesellschaften

vorkommen, sind prinzipiell auch alle Wirtschaftsordnungen für eine ungleiche Verteilung der Eigentums- und Verfügungsrechte an produktivem Kapital anfällig. Zweite Voraussetzung ist die explizite Zulassung von unbegrenztem Privateigentum an Grund und Boden und sonstigem Produktionskapital sowie von quantitativ unbegrenzter unternehmerischer Betätigung – einschließlich des erforderlichen Zugriffs auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Naturressourcen. Die Betonung liegt hier auf der quantitativen Unbegrenztheit, die automatisch einen Prozess der Konzentration von Macht und Produktionskapital in wenigen Händen in Gang setzt.

In den modernen westlichen Industriegesellschaften ist der Kapitalismus eine symbiotische Verbindung mit den unterschiedlichen marktwirtschaftlichen Ordnungen eingegangen. Kennzeichnend für diese „Symbiose“ sind eine Tendenz zu zentralisierten Wirtschaftsstrukturen mit einer auf anonyme Märkte zielenden Massenproduktion sowie ein weitgehend unregulierter, auf Expansion und Gewinnmaximierung des privaten Wirtschaftssektors zielender Verdrängungswettbewerb.

Bemerkenswert ist, dass die neuzeitliche Verbindung von Kapitalismus und Marktwirtschaft auch ohne unumschränktes Laissez-faire bestens gedeiht, was ihre Entlarvung und Bekämpfung nicht eben erleichtert. Beispielsweise hat sich der kapitalistisch geprägte private Wirtschaftssektor als durchaus verträglich mit einem auf die notwendigste Daseinsvorsorge reduzierten öffentlichen Sektor erwiesen. Dasselbe gilt für Relikte ehemals umfassender Kartellgesetze, mit denen die unpopuläre, vollständige Monopolisierung nationaler Strukturen verhindert wird. Auch konnten sich Regelungen halten bzw. durchsetzen, die als Ventil für den gesellschaftlich-demokratischen Druck „von unten“ dienen, indem sie gewisse Mindeststandards bei Arbeitsbedingungen und Umweltschutz sichern.

Die Verbindung von Kapitalismus und Marktwirtschaft ist allerdings nicht stabil. Speziell unter den Bedingungen

der neoliberalen Globalisierung verlagert sich die politische Verantwortung für die genannten Strukturen und Regelungen Zug um Zug von der nationalen auf die supranationale und globale Ebene. Dabei verlieren die Regelungen den letzten Rest an demokratischer Legitimation und Verbindlichkeit und werden, wenn überhaupt, durch unwirksame Selbstverpflichtungen ersetzt. Der für die neoliberale Globalisierung typische Wettbewerb auf deregulierten globalen Märkten, der auch ein Wettbewerb um Standorte, Arbeitsplätze und niedrige Standards ist, bietet zudem auf nationaler Ebene keinerlei Anreize mehr für

*Es ist müßig zu spekulieren, ob
oder wann das gegenwärtige System
kollabieren wird. Vielmehr ist es Pflicht,
aus den Fehlern des Systems die
Lehren für die Zukunft zu ziehen.*

substantielle soziale und ökologische Pioniertaten. Die zunehmend ungleiche Verteilung von Eigentum, Produktionskapital und Wohlstand sowie die Ausbeutung natürlicher Ressourcen werden deshalb nur sehr zurückhaltend bekämpft.

Das besondere Dilemma der Marktwirtschaft

Die real existierende Verbindung von Kapitalismus und Marktwirtschaft beweist, wie anfällig marktwirtschaftliche Systeme für kapitalistische Auswüchse sind, selbst dann, wenn sie auf freiheitlich-demokratischen Ordnungen beruhen. Der Grund dafür liegt in der üblicherweise als „frei“ bezeichneten Preisbildung, die im Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs erfolgt und – nur unter sozialökologischer Regelung – automatisch dafür sorgt, dass die Waren- und Geldströme maximaler Effizienz folgen und maximalen Nutzen stiften.

Ohne strikte Regelung wird die „Freiheit“ der Preisbildung von den Kapitaleignern und ihren Helfern jedoch allzu leicht und allzu gern dahingehend missverstanden, als wäre sie allein der maximalen Effizienz und Rendite des Produktionskapitals

verpflichtet und als wären hohe Kapitalrenditen die Voraussetzung für gesellschaftliche Wohlfahrt. Das Missverständnis findet üblicherweise Eingang in die Wirtschaftspolitik, die der Konzentration von wirtschaftlicher Macht und produktivem Kapital dann keine Grenzen setzt und eine von Mensch und Umwelt abstrahierte Produktivität aus Größenvorteilen und Skalenerträgen unterstützt. Das Ergebnis ist verheerend: Zum einen werden mehr und mehr Menschen als Arbeitskräfte und Konsumenten von den Wirtschaftskreisläufen ausgeschlossen, zum anderen wird die nachhaltige Nutzung der Naturressourcen

und die Funktionsfähigkeit der natürlichen Kreisläufe der Maximierung der Kapitalrendite untergeordnet.

Auch im gegenwärtigen neoliberalen Wirtschaftssystem ist dieses Missverständnis wieder die Ursache für kapitalistische Auswüchse. Diesmal jedoch in einer beispiellosen Dimension: Der unter hohem Kostendruck mit Dollarpreisen auf deregulierten globalen Märkten ausgetragene Wettbewerb ist dafür verantwortlich, dass Produktionskapital nicht nur am Ort seiner Entstehung von der Verpflichtung gegenüber Gesellschaft und Umwelt freigestellt wird, sondern darüber hinaus aus seiner Ortsgebundenheit gelöst und grenzüberschreitend an anderen Orten nach dem Kriterium höchster Rendite eingesetzt wird.

Aus der kapitalistischen Entgleisung der Marktwirtschaft darf jedoch kein falscher Schluss gezogen werden. Die Gefahr der Entgleisung ist zwar ständig vorhanden – und folglich muss ihr wirtschaftspolitisch begegnet werden –, sie darf aber nicht als inhaltliche Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus missdeutet werden. Die Marktwirtschaft ist immerhin die einzige bekannte wirtschaftliche Ordnung, die geeignet ist,

unter demokratisch legitimierter sozialökologischer Regelung optimale Wohlfahrt im Sinne weitgehender sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit herzustellen. Das heißt: Nur eine derart geregelte, nicht-kapitalistische Marktwirtschaft kann nach aller Erfahrung eine zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung garantieren.

Die zeitgemäße Definition von Kapitalismus

Die ökonomische Definition von Kapitalismus ist erstaunlich einfach: Eine Wirtschaftsordnung ist kapitalistisch, wenn die Effizienz des Einsatzes des Produktionsfaktors Kapital absoluten Vorrang vor der Effizienz des Einsatzes der Produktionsfaktoren Arbeit und Naturressourcen genießt. Umgangssprachlich ausgedrückt: wenn die Renditen der Kapitaleigner zulasten von Arbeitsplätzen, Löhnen, Sozialleistungen und Umweltschutz erwirtschaftet werden. Die Ineffizienz der Faktoren Arbeit und Naturressourcen äußert sich in Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, prekären Löhnen, privater und öffentlicher Armut sowie in der Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Die dabei anfallenden externen Kosten werden nicht den verursachenden wirtschaftlichen Aktivitäten und Akteuren zugeordnet, also nicht internalisiert, sondern der Allgemeinheit aufgebürdet. Konkret heißt das: Eine Minderheit kommt in den Genuss privatisierter Kapitalrenditen, während die Allgemeinheit für Arbeitslosigkeit, Lohnaufstockungen, Sozialhilfe und Umweltkosten aufkommen muss.

Die kapitalistischen Auswüchse gehen stets einher mit einer falschen Definition von Produktivität, die von den Protagonisten zur Legitimation ihrer Eigentums- und Verfügungsrechte vorgebracht wird und in der Behauptung gipfelt, sie sei der Garant für allgemeinen Wohlstand. Rechnerisch ergibt sich die kapitalistische Produktivität aus zentralisierter Massenproduktion, die Kostenvorteile durch schiere Größe und große Stückzahlen (Größenvorteile und Skalenerträge) erzeugt. Das heißt, die Stückkosten reduzieren sich durch zentral produzierte hohe Stückzahlen und erzeu-

gen im Wettbewerb den nötigen Spielraum für Preisanpassungen wie auch für überzogene Kapitalrenditen.

Für die betriebswirtschaftliche Ebene ist diese Definition von Produktivität im Grundsatz eigentlich nicht zu beanstanden. Da jedoch auf der volkswirtschaftlichen Ebene keine Regelung erfolgt, wird die Produktivität ihrer sozialen und ökologischen Bestimmung entledigt, so dass weder das Wohl der Arbeitskräfte noch das der Umwelt ins produktive Kalkül der Unternehmen eingeht. Die neoliberal-kapitalistische Produktivität ist daher eine von Mensch und Natur abstrahierte Produktivität, die statt sozialer und ökologischer Erträge soziale und ökologische Kosten produziert. Wegen der Ausbeutung humaner und natürlicher Ressourcen erweist sie sich gesamtwirtschaftlich als eine zerstörerische Scheinproduktivität. Und da es innerhalb einer Scheinproduktivität keine isolierte Effizienz eines einzelnen Produktionsfaktors geben kann, unterliegen die kapitalistischen Protagonisten mit ihrer vermeintlichen Kapital-effizienz einer Selbsttäuschung,

regionale Wirtschaftskreisläufe und weitgehend geschlossene Stoffkreisläufe eingebunden sind, kurze Transportwege einschließen und für Arbeitszeitverkürzungen genutzt werden. Kurz gesagt: wenn sie das unerlässliche Gleichgewicht von Produktivität, Löhnen und Kaufkraft nicht gefährden und auf Vollbeschäftigung und Umweltschutz gerichtet sind.

Die Antriebskräfte des globalisierten Kapitalismus

Deregulierung: Das Vordringen kapitalistischer Tendenzen in die globale Dimension beginnt mit der Deregulierung der Finanzmärkte und der damit einhergehenden Zunahme rein spekulativer Transaktionen und entsprechender Risiken für die Realwirtschaft. Der weltweit freien Beweglichkeit des Finanzkapitals folgt die Beweglichkeit produktiven Sachkapitals und zugehöriger Arbeitsplätze, die Freigabe der Wechselkurse, der Verzicht auf ausgleichende Zölle und Handelskontingente sowie schließlich die Deregulierung der Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte. Auf dieser

begrenzender Regelung befreit.

Verdrängungswettbewerb: Infolge der Deregulierungen treffen auf offenen globalen Märkten Volkswirtschaften ungeschützt aufeinander, deren Produktivitäten sich um den Faktor 20 und höher unterscheiden und deren traditionelle Standards ebenso unvereinbar sind. Statt des bewährten Schutzes durch angepasste Wechselkurse, Zölle und Handelskontingente wird der Wettbewerb nun direkt auf der Grundlage weltweit geltender Preise in der Quasi-Leitwährung US-Dollar ausgetragen. Länder und Unternehmen, die hohen Standards verpflichtet sind, müssen sich den von Schwellenlän-

Mangels wirtschaftspolitischer Regelung kann das gebotene Gleichgewicht von Produktivität, Löhnen und Kaufkraft auf nationaler Ebene nicht mehr hergestellt werden. Die Unternehmen sind gezwungen, ihre Angebote auf wechselnde Segmente anonymer globaler Märkte zu richten, während die Kaufkraft infolge der durch Kostendruck und Kapitalintensität bedingten Unterbeschäftigung und Unterbezahlung bzw. mangels ausgleichender Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen weltweit zurückgeht. Im ungeregelten Dumping- und Verdrängungswettbewerb entsteht ein globaler Angebotsüberhang, der

Die Marktwirtschaft ist die einzige bekannte Ordnung, die geeignet ist, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit herzustellen.

dern diktierten niedrigen Standards anpassen, um im Export wettbewerbsfähig zu bleiben, und werden zugleich von preisgedrückten Billigimporten überschwemmt. Das setzt alle Unternehmen – gleichgültig, ob sie für Export- oder Binnenmärkte produzieren – einem enormen Kostendruck aus, den sie nach Möglichkeit an ihre Standortländer weitergeben, und der diese in eine ständige Abwärtsspirale ihrer sozialen und ökologischen Standards zwingt. Zudem verstärkt der globale Kostendruck den kapitalistischen Konzentrationsprozess wirtschaftlicher Macht und wirtschaftlichen Kapitals und erzeugt weltumspannend monopolartige Strukturen. Unternehmen, die dem Kostendruck nicht standhalten, werden unwiderruflich vom Markt verdrängt – mit der Folge, dass regionale Wirtschaftskreisläufe zusammenbrechen und ganze Landstriche de-industrialisiert werden.

Angebotsorientierung: Die industriellen Kräfte konzentrieren sich auf die globalwirtschaftlichen Möglichkeiten, durch Verlagerung von Finanz- und Sachkapital, durch zunehmend kapitalintensivere Produktion und weltmarktgerechte Angebote ihre Kapitalrenditen im Kostenwettbewerb zu maximieren.

den Wettbewerb weiter anheizt und zugleich soziale Spannungen durch Ungleichverteilung und angebotsinduzierten Konsumismus erzeugt.

Wachstumsdoktrin: Der Ursprung der Wachstumsdoktrin liegt im industriellen Expansions- und Gewinnstreben, das wegen mangelnder Regulierung auf rein quantitatives Wachstum zielt. Infolge der systembedingten sozialen und ökologischen Verheerungen gewinnt die Doktrin zusätzlich an Gewicht, weil wirtschaftspolitisch versucht wird, der vermehrten Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sowie der Ausweitung von Umweltschäden mittels fiskalischer und sonstiger Entlastungen der Unternehmen – sog. Wachstumsimpulse – gegenzusteuern. Das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarzgelben Bundesregierung ist die neueste Variante dieses Unsinnns. Bezüglich der Umweltschäden wird indoktrinierend behauptet, ein quantitativ wachsendes Sozialprodukt sei zwingend erforderlich, um die Vermeidung und Beseitigung ökologischer Schäden zu „finanzieren“. Bei stagnierenden Binnenmärkten richtet sich das industrielle Expansionsstreben verstärkt auf Exportmärkte – mit der Gefahr schwindender Binnenkreisläufe, gefährlich hoher

die früher oder später in Gestalt kollabierender gesellschaftlicher Strukturen und Ökosysteme auf sie zurückschlägt.

Entscheidend für das Verständnis gesamtwirtschaftlicher Produktivität ist, dass Größenvorteile und Skalenerträge ihre Wirkung nur dezentral und ortsgebunden unter demokratischer Verantwortung und Kontrolle entfalten können, wenn sie in

Grundlage entsteht einerseits der unregelmäßige globale Wettbewerb um Produkte, andererseits der Wettbewerb um Produktionsfaktoren, insbesondere der Standortwettbewerb um niedrigste Löhne und Standards bzw. um spiegelbildlich höchste Kapitalrenditen. Erstmals in der Wirtschaftsgeschichte sind kapitalistische Aktivitäten und Transaktionen weltweit von wirtschaftspolitischen

The image shows a financial table with the following columns: Dividende 2005/06, Markt-kap (Mrd. €), Kurs, Anteil am Index, Erg. /Aktie 2005, Erg. /Aktie 2007, KGV 2007, Cash-flow /Aktie, Perf. Rating, Div. Rating, ISIN, Name, Schluss Aktien 05.01, Schluss Aktien 04.01, Änd. z. 04.01, Tages-hoch 05.01, Tages-tief 05.01. The table lists various companies like Allianz SE, Bayer, BASF, and BMW ST.

Exportquoten, unausgewogener Handelsbilanzen und extremer Krisenanfälligkeit. Hohe Exportquoten können Basareffekte provozieren, wenn die auf Exporte spezialisierte inländische Wertschöpfung durch importierte Zwischenprodukte bis zum reinen Basarhandel verkommt und die gesamtwirtschaftliche Krisenanfälligkeit dadurch weiter erhöht wird.

Entdemokratisierung: Die Demokratie ist der natürliche Feind des Kapitalismus, weil sie überzogene Privilegien und Ungleichheiten entlarvt und anprangert. Deshalb versuchen die Profiteure des Kapitalismus, ökonomische Zusammenhänge indoktrinierend als zu komplex für demokratische Meinungs- und Willensbildung darzustellen, um sie in ihrem Sinne direkt in exklusiven oligarchischen „Expertengremien“ zu entscheiden. Darüber hinaus sorgt der globalwirtschaftliche Konzentrationsprozess automatisch dafür, dass wirtschaftspolitische Entscheidungen zunehmend zentral und exklusiv getroffen werden. Unter diesen Umständen wird die Wirtschaftspolitik auf industrielle Klientelpolitik und Angebotsorientierung reduziert und der Begriff Wirtschaft zum Synonym für Industrie umfunktioniert. Alle anderen Akteure, insbesondere die abhängig Beschäftigten und die Konsumenten, verlieren ihren Status als eigenständige wirtschaftliche Akteure und werden zu „Begünstigten“ einer „fürsorglichen“ kapitalistischen Industriepolitik herabgewürdigt.

Die Folgen des globalisierten Kapitalismus

De-Industrialisierung: Der Konzentrationsprozess und die Exportorientierung sind dafür verantwortlich, dass sich die globalwirtschaftlichen Akteure samt ihrer spezialisierten Arbeitskräfte auf wenige Industriezentren konzentrieren und die geographische Fläche wirtschaftlich verodet. Die De-Industrialisierung der Fläche bezieht sich jedoch nicht nur auf die Großindustrie, sie erfasst ebenso das Handwerk, den Handel und das Kleingewerbe, grundsätzlich alle Betriebe, die dem Dumpingwettbewerb mit importierten Billigprodukten nicht standhalten können, auch

wenn sie selbst gar nicht grenzüberschreitend tätig sind. Infolge der Konzentration und der zunehmend kapitalintensiven Produktion verengt sich zugleich das Spektrum nachgefragter Befehle auf exportspezifische Qua-

Eine Wirtschaftsordnung ist kapitalistisch, wenn die Renditen der Kapitaleigner zulasten von Arbeitsplätzen, Löhnen, Sozialleistungen und Umweltschutz erwirtschaftet werden.

lifikationen, so dass strukturelle Arbeitslosigkeit entsteht. Im oberen, exportorientierten Beschäftigungssegment, das noch relativ stabil ist, folgen die Löhne der Produktivitätsentwicklung, das mittlere Segment schrumpft bei sinkenden Reallöhnen, während das untere Segment bei prekären Löhnen und abnehmenden Qualifizierungsansprüchen zunimmt.

Gesellschaftliche Spaltung: Die Entwicklung verstärkt die Ungleichverteilung von Eigentums- und Verfügungsrechten am Produktionskapital wie auch die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen. Da die Mittelschicht am unteren Ende erodiert, spaltet sich die Gesellschaft in eine kleine und reiche Oberschicht, eine schrumpfende Mittelschicht und eine wachsende, verarmende Unterschicht, deren Existenz durch ein steigendes Volumen staatlicher Transferleistungen zur Aufstockung prekärer Löhne und Renten gesichert werden muss. Bei globalisierungsbedingt sinkenden Steuereinnahmen stehen für diese Transferleistungen immer weniger Mittel zur Verfügung, so dass sich die Armut in den westlichen Industrieländern auch unter der arbeitenden Bevölkerung ausbreitet – die sog. „working poor“.

Die Verhinderung kapitalistischer Auswüchse

Die zentrale Ursache der kapitalistischen Auswüchse, die „Marktliberalisierung“, führt zu einer Kaskade von Fehlentwicklungen und Verheerungen: von Konzentration, Verdrängung und De-Industrialisierung über sinkende soziale und ökologische Standards bis hin zu Arbeits-

losigkeit, Armut und Umweltzerstörung. Um die Kaskade zu unterbrechen, müssen die Maßnahmen, die geeignet sind, den Weg zu einer freien, nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft zu ebnen, am oberen Ende, bei „Li-

beralisierung“ und Konzentration, ansetzen. Zu unterscheiden ist dabei zwischen binnen- und außenwirtschaftlichen Maßnahmen, weil eine freie Marktwirtschaft nur im Innern zu realisieren ist, während der internationale Austausch Handelsvereinbarungen voraussetzt.

Binnenwirtschaftliche Maßnahmen: Ausgehend vom Prin-

den, bedingt durch die subsidiäre Struktur, gleichermaßen effizient eingesetzt, so dass sich eine sozialökologisch positive Produktivität ergibt, die sich in Vollbeschäftigung und Umweltschutz konkretisiert.

Außenwirtschaftliche Maßnahmen: Ziel sind gegenseitige Handelsgewinne und ein dem Fortschritt dienender Außenwettbewerb, der sich konstruktiv in den Binnenwettbewerb einfügt. Dazu sind bilateral Handelsvereinbarungen zu treffen, in denen vorrangig Wechselkurse festgelegt werden, die das durchschnittliche Preisgefälle neutralisieren. Überdies müssen Handelspartner sich gegenseitig Autonomie bei der Entscheidung über Zölle und Handelskontingente zur Feinabstimmung von Außen- und Binnenwettbewerb zugestehen. Bei Anwendung des Wechselkurses können so auf beiden Seiten Produkte identifiziert werden, die im Vergleich

Dem wirtschaftlichen Konzentrationsprozess ist zu begegnen, indem Größe und Ressourcenverbrauch von Unternehmen progressiv besteuert werden.

zip der Subsidiarität ist dem wirtschaftlichen Konzentrationsprozess zu begegnen, indem Größe, Ressourcenverbrauch und Mitarbeiterzahl von Unternehmen branchenabhängig progressiv besteuert werden, so dass die gesamte wirtschaftliche Wertschöpfung auf der produktionstechnisch tiefstmöglichen Ebene erbracht, also flächendeckend dezentralisiert wird. Ergänzend ist der schädliche Einsatz von Ressourcen zu besteuern und der nachhaltig schonende Einsatz zu subventionieren. So können Entscheidungen eigenverantwortlich, problemnah und direkt-demokratisch vor Ort getroffen werden, regionale und erneuerbare Ressourcen bevorzugt und das Arbeitsangebot mit der Arbeitsnachfrage zur Deckung gebracht werden. Größenvorteile und Skalenerträge werden automatisch so begrenzt, dass sie auf jeder Ebene der subsidiären Struktur soziale und ökologische Erträge erzeugen. Alle drei Produktionsfaktoren – Arbeit, Naturressourcen und Kapital – wer-

zum Handelspartner relativ preiswert sind und damit zum Exportkandidaten werden, umgekehrt deuten relativ teure Produkte auf Importkandidaten der Gegenseite hin. In üblicherweise multilateralen Beziehungen können alle Handelspartner auf diese Weise ihre Handelsgewinne optimieren, ohne ihre binnenwirtschaftlichen Strukturen zu gefährden.

Gerd Zeitler



Jahrgang 1940, Ingenieur, war beruflich im Strategischen Unternehmens- und Technologiemanagement tätig. Heute

arbeitet er als freier Publizist, veröffentlichte 2006 das Buch „Der Freihandelskrieg“ und schreibt zurzeit ein Online-Lexikon über die Sozial-ökologische Marktwirtschaft.

Kontakt: <http://knol.google.com/k/gerd-zeitler>